

Öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich?



Rudolf Farys
Assistent
Institut für Soziologie, Uni Bern
rudolf.farys@soz.unibe.ch



Oliver Hümbelin
Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Fachbereich Soziale Arbeit, BFH
oliver.huembelin@bfh.ch

«Die Mär der sich öffnenden Schere ist unausrottbar», titelte eine Schweizer Tageszeitung kürzlich. «Während in den jüngsten Krisenjahren in vielen europäischen Ländern die Einkommensschere zwischen Reichsten und Ärmsten stärker auseinander geht, erweist sich die Schweiz als Hort der Stabilität.» Aktuelle Auswertungen zeigen ein differenzierteres Bild.



Zuverlässige Quellen zur Entwicklung der Ungleichheit in der Schweiz sind nicht einfach auffindbar. Der Autor der eingangs erwähnten Tageszeitung hat sich im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten informiert und ist bei seinen Recherchen beim Bundesamt für Statistik fündig geworden. Dieses publiziert seit neuestem Zahlen zur Entwicklung der Ungleichheit in der Schweiz. Eine zuverlässige Quelle, könnte man meinen. Es lohnt sich jedoch genauer hinzuschauen. Die Bundesstatistiker beziehen sich nämlich auf eine Erhebung, in welcher eine Auswahl der Schweizer Haushalte einen Monat lang Einnahmen und Ausgaben dokumentiert. Bekannterweise sind derartige Stichprobenerhebungen verzerrt, weil einkommenschwache Personen seltener an Befragungen zur Einkommenssituation teilnehmen. Es ist

zudem schwer vorstellbar, dass die Grossverdiener der Schweiz einen Monat lang akribisch Buch über ihre Ausgaben führen – etwa für gekaufte Zwiebeln. Entsprechend sind Haushalte mit sehr hohem und sehr geringem Einkommen in solchen Befragungen schwierig bis gar nicht erreichbar, und es kommt deshalb zu einem sogenannten «Mittelschichtbias» (Diekmann 2009: 309). Für eine gesamthafte Beurteilung der Ungleichheit ist das zentral.

Entwicklung der Ungleichheit von 1950 bis 2010

Aussagekräftiger sind Steuerstatistiken der Eidgenössischen Steuerverwaltung. Diese Daten wurden im Rahmen eines Nationalfonds-Projekts zur Ungleichheit in der Schweiz (vgl. Kasten, Seite 33) für den Zeitraum

1950 bis 2010 ausgewertet (vgl. Abbildung). Das Ausmass der Ungleichheit ist retrospektiv betrachtet durchaus Schwankungen unterworfen. Am geringsten war die Ungleichheit Anfang der 50er-Jahre. Danach stieg sie kontinuierlich an und erreichte historische Höchstwerte im Jahre 1971. Anschliessend folgte eine Phase des Auf und Ab. In der historischen Betrachtung auffällig ist die – gemessen an den Wachstumsraten – rasante Zunahme der Ungleichheit in den 2000er-Jahren, die im Jahr der Finanzkrise (2009) gestoppt wurde. In der jüngeren Geschichte kann demzufolge durchaus gesagt werden, dass die Ungleichheit zugenommen hat.

Der Grad der Ungleichheit ist demnach keineswegs stabil und es drängt sich die Frage nach den Ursachen der Veränderungen auf. Der Prozess, wie sich ökonomische Ressourcen in einer Gesellschaft verteilen bzw. konzentrieren, kann als Zusammenspiel von wohlstandsgenerierenden Marktprozessen und ausgleichenden politischen Interventionen gesehen werden.

Abbildung: Entwicklung von Wohlstand und Ungleichheit in der Schweiz (1950–2010)



Quellen: Maddison Historical Statistic, Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV)
Berechnungen: Uni Bern/BFH

■ Gini ■ BIP in 1990 \$

Erläuterungen zur Grafik: Die violette Linie zeigt die Entwicklung des Wohlstandes, gemessen über das Bruttonettoprodukt pro Kopf in internationalen \$ zu Preisen von 1990 (längste verfügbare kohärente Zeitreihe). Die blaue Linie zeigt die Gleichheit bzw. Ungleichheit der Einkommen, gemessen über den Gini-Koeffizienten des steuerbaren Einkommens von natürlichen Personen (Werte nahe bei 1 stehen für eine sehr ungleiche Verteilung, Werte nahe bei 0 stehen für eine gleichmässige Verteilung). Die Lücke (gepunktete Linie) ergibt sich aus der Umstellung des Steuerbemessungssystems, die von den Kantonen etappenweise vorgenommen wurde. Gesamtschweizerische Steuerdaten für den Zeitraum von 1995 bis 2003 existieren deshalb nicht.

Ungleichheit und Wirtschaftswachstum

Es bestehen unterschiedliche Meinungen darüber, wie sich die konjunkturelle Entwicklung auf die Ungleichheit auswirkt. Eine weit verbreitete These besagt, dass Wirtschaftswachstum mit wachsender Ungleichheit verbunden ist, weil nicht alle gleichermassen vom technologischen Wandel profitieren (OECD 2011). Gut Gebildete wüssten die Gunst der Stunde zu nutzen, während schlecht Qualifizierte abgehängt würden. Demgegenüber wird vermutet, dass Wachstumsphasen zu einer allgemeinen Zunahme des Wohlstands führen. Es seien vielmehr wirtschaftliche Krisen, die eine Segregation der Gesellschaft antreiben und zu einer Zunahme der Ungleichheit führen. Argumentiert wird hierbei mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit, die zu Verarmung führt. Es gibt aber auch Studien, die gar keine systematischen Beziehungen zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Ungleichheit feststellen.

Umverteilung durch den Sozialstaat

Neben der wirtschaftlichen Entwicklung, spielt die Ausgestaltung des Sozialstaates eine bedeutende Rolle. So wird die Ungleichheit, die durch Markteinkommen zustande kommt, durch soziale Transferleistungen, wie beispielsweise Renten, erheblich verringert (Modetta und Müller 2012). Die Entwicklung der kollektiven Sozialen Sicherheit ist ein Phänomen der neueren Geschichte, das eng an das sich zaghaft entwickelnde Bewusstsein für Krisen gekoppelt ist. Verglichen mit anderen europäischen Ländern wurde die Debatte um die Soziale Sicherheit in der Schweiz erst spät aufgenommen, aber leidenschaftlich geführt (Halbeisen et al. 2012: 70). Ausgehend von 1950 lassen sich grob drei Entwicklungsphasen ausmachen:

Ausbau der Sozialen Sicherheit in prosperierendem Umfeld (1950–1975)

Die Nachkriegszeit war gekennzeichnet durch Vollbeschäftigung und Lohnwachstum, das sich über mehrere Jahrzehnte erstreckte. Parallel dazu entwickelte sich das System der Sozialen Sicherheit eher zaghaft. Zwar bekannte sich die Schweiz 1952 zu den internationalen Mindestnormen, diese erfüllte sie vorerst aber nicht. Es fehlte eine Invalidenversicherung (IV) und AHV-Renten waren zu tief angesetzt. 1960 wurde zwar die IV eingeführt, ohne Handlungsdruck blieb der Schweizerische Sozialstaat im europäischen Vergleich vorerst aber unterentwickelt. Die AHV-Renten wurden erst 1972 auf ein annähernd existenzsicherndes Mindestniveau gehoben.

Soziale Sicherheit im Zeichen der Wachstumskrise (1975–1979)

Nach 30-jähriger Phase des Wirtschaftsbooms war der Schreck über die Erdölkrise (Herbst 1973) und die Folgejahre mit Rezession gross. Ein allgemeines Krisenbewusstsein breitete sich aus. Als Folge wurde ein nationales Obligatorium einer Arbeitslosenversicherung eingeführt.

Ausbau des Sozialstaats in wechselhafter Konjunkturlage (1990 bis heute)

Die im 20. Jahrhundert längste Phase wirtschaftlicher Stagnation zeigte sich in den 90er-Jahren. Wurde die Arbeitslosigkeit in vorangehenden Krisen mit der Rückwanderung ausländischer Arbeitskräfte weitgehend «exportiert», war die Krise in der Zeit ab 1990 mit einer zunehmenden Verunsicherung hinsichtlich der Zukunft von Arbeitsplätzen und einer Zunahme der Arbeitslosenquote verbunden. Gleichzeitig entwickelte sich die Sozialpolitik zu einem hart umkämpften Politikfeld.

Ungleichheit in prosperierenden Zeiten und in Krisen

Aus der gemeinsamen Betrachtung von Wohlstandsentwicklung und Ungleichheit lässt sich Verschiedenes über das Zusammenspiel von Wirtschaft und Sozialpolitik und deren Auswirkung auf die Ungleichheit erkennen. Zunächst ist ersichtlich, dass Phasen des Wachstums mit einer Zunahme der Ungleichheit verbunden sind (vgl. Abbildung). Deutlich wird das während der Prosperitätsphase der 50er- und 60er-Jahre. Dies zeigt sich auch in der Phase von 2004 bis 2010. Gleichzeitig gehen Jahre der Krisen mit einer Reduktion der Ungleichheit einher, was erstaunen mag. Erklärt werden kann dies durch den Rückgang der Einkünfte der oberen Einkommensklassen, deren Erträge aus Vermögensbeständen (Aktien) in Zeiten der Krisen stärker tangiert sind. Die Daten zeigen auch, dass Krisenjahre in der Schweiz ohne Zunahme der Ungleichheit und ohne Verarmung von breiten Bevölkerungsschichten überstanden werden konnten. Dies nicht zuletzt dank des Systems der Sozialen Sicherheit, dass ab den 90er-Jahren mehr Absicherung in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bot. Auch stellte die Erhöhung der AHV-Renten einen wichtigen Schritt zur Bekämpfung von Altersarmut dar, der sich in der Reduktion der Ungleichheit ab 1972 unmittelbar zu zeigen scheint (vgl. Abbildung). Gerade für die Schweiz, in der sich die jüngste Finanzkrise (bisher noch) nicht als tiefgreifende Wirtschaftskrise gezeigt hat, stellt sich daher die Frage, ob eben nicht gerade die Soziale Sicherheit eine wichtige Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg ist.

Das Ringen um Wahrheit

Ungleichheit wird heute vielerorts als dringliches politisches Problem wahrgenommen. Eine internationale Expertengruppe bestehend aus Politikerinnen und Politikern, Vertretenden der Wissenschaft und NGO's sieht die Entwicklung der Ungleichheit als das zentrale ökonomische Risiko der kommenden Jahre (WEF 2013). Auch in der Schweiz äussert sich der Unmut zu Verteilungsfragen (Abzocker-Initiative, Mindestlohn und 1:12). Gleichzeitig steht die Finanzierbarkeit bestehender Sozialwerke zur Debatte (laufende Revisionen von ALV, IV und AHV). Vor diesem Hintergrund wurde das Thema der Einkommensverteilung intensiv von den grossen Interessenverbänden beachtet. Sowohl der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) als auch Avenir Suisse versuchen mit verschiedenen Publikationen das Meinungsbild der Schweizer Bevölkerung zu prägen.

Hier wird klar, dass das Ringen um Macht in der direkt-demokratischen Schweiz auch ein Ringen um Wahrheit ist. Mit publizierten Studien werden Meinungen gemacht und politische Mehrheit gewonnen. Umso wichtiger ist die sorgfältige Aufarbeitung und Analyse verlässlicher Datengrundlagen. Das Forschungsprojekt Ungleichheit der Einkommen und Vermögen in der Schweiz erarbeitet solche Grundlagen, indem es eine gesicherte Datengrundlage für eine längere Zeitperiode erstellt und analysiert (vgl. Kasten). Es leistet damit auch einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion.

Literatur:

- Diekmann, Andreas (2009): Empirische Sozialforschung: Grundlagen, Methoden, Anwendungen (20. Aufl.). Reinbek: Rowohlt.
- Halbeisen, Patrick; Müller, Margrit und Veyrassat, Beatrice (2012): Wirtschaftsgeschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert. Basel: Schwabe.
- Modetta, Caterina und Müller, Bettina (2012): Einkommensungleichheit und staatliche Umverteilung. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.
- Organisation for Economic Cooperation and Development OECD (2011): Divided We Stand. Why Inequality Keeps Rising. Paris: OECD Publishing.
- World Economic Forum WEF (2013): Global Risks 2013. Eighth Edition. Genf: World Economic Forum.

Ungleichheit der Einkommen und Vermögen in der Schweiz

Das Forschungsprojekt wird in Zusammenarbeit der BFH (Fachbereich Soziale Arbeit) und der Universität Bern (Institut für Soziologie) bearbeitet und vom Schweizerischen Nationalfonds finanziell unterstützt. Gerne möchten wir Sie auf die Projekt-Website aufmerksam machen: Unter www.inequalities.ch können Sie sich zum Forschungsdesign und -Team kundig machen und weitere Ergebnisse einsehen. So wurden erste Resultate am Kongress «Ungleichheit in Zeiten der Krise» der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie (SGS) (Sommer 2013) präsentiert. Ausserdem finden Sie im Bereich «Datensvisualisierung» eine interaktive Grafik, die die Entwicklung der Einkommensungleichheit auf kantonaler Ebene von 1969 bis 2009 abbildet. Publiziert ist ferner der Schlussbericht zu einer Studie im Auftrag von Travail Suisse. In dieser wurde untersucht, wie sich Veränderungen der Familienzulagen auf die Ungleichheit in der Schweiz auswirken.